Wir

Februar 2005

in den Gewerkschaften in Bremen und Bremerhaven

Bremen und Rostock
Seite 3

Interview mit Axel Troost
Seite 5

Naturschutz und Ehrenamt
Seite 10

Eisbein in Alanya
Seite 14

Wir in London

ver.di KollegInnen auf dem europäischen Sozialforum

auf Seite 12

Editorial

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

hier ist sie nun, die zweite Ausgabe von WIR. Zur ersten Ausgaben haben uns viele positive Reaktionen erreicht, doch leider nur mündlich. Wir würden uns freuen wenn wir zu dieser aktuellen Zeitung auch einige Leserbriefe erhalten.

Für diese Ausgabe haben wir uns die Agenda 2010 zum Schwerpunkt gewählt, denn glaubt man der nicht abreißenden Reformdebatte, haben alle Bürger dieser Gesellschaft eins gemein, sie sind ein Kostenfaktor. Egal ob Rentner, Arbeitnehmer, Schüler , Mann oder Frau, gesund oder krank, wir verursachen Kosten und diese sind, man ahnt es schon - wie immer zu hoch und müssen gesenkt werden. Mit welchem Erfolg? Wir sparen – und die Schulden wachsen. Der Arbeitsmarkt wird flexibilisiert – und die Zahl der Arbeitslosen steigt. Wir verzichten auf Lohn und Einkommen – und in den Betrieben werden Arbeitsplätze abgebaut. Die Steuern werden gesenkt – aber die Wirtschaft kommt nicht auf Touren.

In dieser Ausgabe wollen wir mit mehreren Beiträgen zu diesem Thema Stellung beziehen. Selbstverständlich gibt es noch andere interessante Artikeln.

Viel Spaß beim lesen wünscht euch die WIR-Redaktion.

Redaktionsmitglieder im Gespräch: Inge, Christel und Gerd

Inhalt

Wir in London 1
Editorial/Inhalt 2
Bremen und Rostock, eine Partnerschaft seit vielen Jahren 3
Agenda 2010, Ein Interview mit dem Wirtschaftswissenschaftler Axel Troost 5
Glossar: Schöne neue Welt 9
Zum Lesen empfohlen 10
Naturschutz und Ehrenamt 11
„Medien mögens Weiß“ 12
Eisbein in Alanya 13
Lernen hat kein Alter 15
Termine 16
Impressum 16

Bremen und Rostock

Museumsschiff im Rostocker Hafen

... eine Partnerschaft seit vielen Jahren.

Der Anfang der Partnerschaft geht zurück in die Zeiten der DDR. Hier begannen die Begegnungen von Gewerkschaftern aus Ost und West, vorwiegend Metaller aus beiden deutschen Staaten.

In der Zeit der „Wende“ wurden die Kontakte zwischen Rostock und Bremen ausgeweitet. Die gemeinsame Werftindustrie gab viele Anlässe für gewerkschaftliche Diskussionen. Eine unrühmliche Rolle spielte hierbei die Person Hennemann. Die Werften Vulkan in Bremen, die Werften Neptun und Warnow in Rostock waren gemeinsam in die Krise geraten. Das führte zu einem intensiven Gedankenaustausch und letztlich auch zu Freundschaften. Durch den Niedergang des Schiffbaus in beiden Städten stieg die Arbeitslosigkeit der Werftarbeiter steil an. Darum trafen sich immer mehr die „Ehemaligen“.

Maßgeblich beteiligt an den verschiedenen gegenseitigen Besuchen waren auf Bremer Seite Heinz Meinking, Inge Lilienthal, Heinz Prott, Ernst Langhorst und vor allem Detlef Dahlke. Als Rostocker sind hier die Kollegen Werner Froke, Fred Löpp und seine Frau Marianne und die Kollegin Marlis Bergmann zu nennen. Nach dem Wegfall der finanziellen Unterstützung durch die Verwaltungsstellen der IG Metall wurden die Begegnungen immer privater. Rostock und Bremen, als alte Hafen- und Hansestädte, kennen zu lernen, war das Ziel der gegenseitigen Besuche. Hinzu kam die gemeinsame Teilnahme an gewerkschaftlichen Seminaren.

Das jüngste Treffen fand in diesem Jahr 2004 statt. Anlass war die Enthüllung eines Fritz-Reuter-Denkmals im Rostocker Stadtteil Reutershagen.

Wie es zu der Idee dieses Denkmals kam ist eine sehr intressante Geschichte.

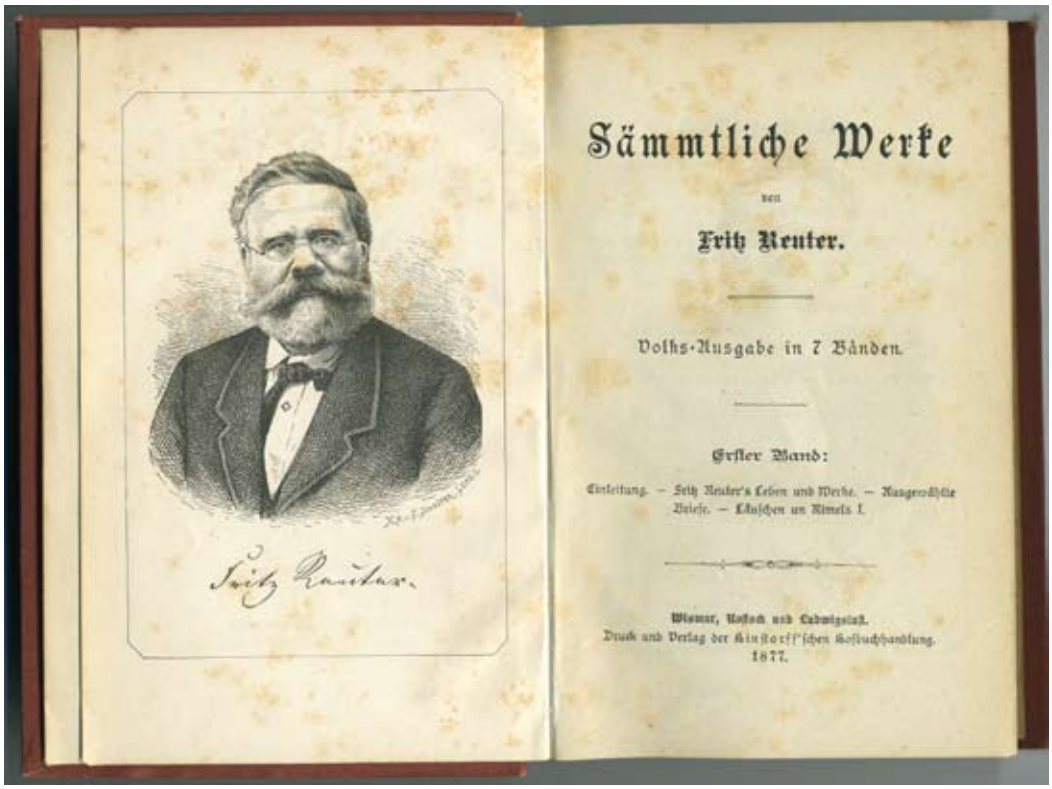
Man glaubt es kaum: In Chikago wurde die Idee geboren. Bei einer Tournee des Rostocker Shanty-Chors „De Klaashahns“ durch die USA entdeckten die Mitglieder des Chors in einem Park in Chikago ein Fritz-Reuter Standbild. „Und wir in Rostock haben kein Fritz-Reuter-Denkmal?“,: sagten sich die Sänger. „Das darf nicht sein“. Also sammelten sie in zwei Jahren 48.000 Euro. Der Rostocker Bildhauer Thomas schuf ein überlebensgroßes Standbild und zur Enthüllung waren die Freunde aus Bremen eingeladen.

Es gab auch bei diesem Besuch noch genügend Zeit, um in Rostock mit den Freunden weitere Verabredungen zu treffen. Als Nächstes ist ein gemeinsames Seminar zu den Auswirkungen der sogenannten Agenda 2010 geplant.

Detlef Dahlke
Edmund Petschulis
Hugo Köser

Kurzbiographie von Fritz Reuter nächste Seite

Zu Fritz Reuter



Fritz Reuter wurde in Stavenhagen bei Rostock geboren und studierte in Rostock und später in Jena Jura, beteiligte sich dabei an der revolutionären Studentenbewegung. Nach dem legendären Hombacher Fest wurde er als Burschenschaftler 1833 in Berlin verhaftet und drei Jahre später zum Tode verurteilt. Dann aber wurde er zu dreißig Jahren Festungshaft begnadigt. Im Rahmen einer Amnestie wurde er 1840 aus der Festung Dömitz entlassen.

Populär wurde Fritz Reuter durch seine plattdeutsche Dichtung, die sehr starke Bezüge zu den sozialen Bewegungen des 19. Jahrhunderts hat. 1863 wurde Fritz Reuter die Ehrendoktorwürde der Rostocker Universität verliehen. Seine plattdeutschen Bücher sind viel gelesen und nach seinem Tode auch ins Hochdeutsche und in andere Sprachen übersetzt worden.

Einweihung des Fritz Reuter Denkmals in Rostock mit Bremer KollegInnen

„Wir wollen den Sozialstaat wieder fit machen“

Ein Interview zu Agenda 2010 mit dem Wirtschaftswissenschaftler Axel Troost

Wir: Agenda 2010, was steht da eigentlich drin?

Axel Troost: Agenda 2010 ist das Gesamtkonzept der Bundesregierung mit dem Motto „Wir wollen den Sozialstaat wieder fit machen“. Das heißt, es sind Maßnahmen, die sich mit Hartz beschäftigen; es sind Maßnahmen, die im Bereich der Rentenversicherung zu erheblichen Kürzungen, Aussetzung von Rentenerhöhungen und so weiter beitragen. Es sind steuerpolitische Maßnahmen, die unter dem Motto stehen „Wir wollen Steuerbelastung der Unternehmen senken, um damit konkurrenzfähiger zu werden.“ 4,4 Millionen registrierte Arbeitslose verursachen 81 Milliarden Euro fiskalische Kosten pro Jahr. Gegenwärtig besteht schlicht und einfach ein Einnahmeprobleme in den Sicherungssystemen. Dort muss man ansetzen und nicht auf der Ausgabenseite kürzen.

Zu den 4,4 Millionen Arbeitslosen kommen noch einmal 3,5 Millionen dazu, die sich in Maßnahmen oder der stillen Reserve befinden. Wir brauchen dringend zusätzliche Arbeitsplätze und da ist der Ansatz Hartz IV aus unserer Sicht völlig verkehrt, weil er letztlich zugespitzt nicht Arbeitslosigkeit bekämpft, sondern die Arbeitslosen.

Wir: Die Unternehmen drohen mit der Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland, weil die Arbeitskosten hier angeblich zu hoch sind.

Axel Troost: Die Unternehmen behaupten, wir hätten zu hohe Arbeitskosten und seien dadurch nicht konkurrenzfähig. In vielen Ländern Europas wird die Bundesrepublik inzwischen so angesehen, wie wir in den 80er Jahren Japan angesehen haben, nämlich mit Strategien von Lohndumping zu versuchen, andere Länder zu überrennen. Wir sind also nicht nur Exportüberschuss-Weltmeister, sondern liegen auch was die Entwicklung der Lohnstückkosten angeht, hinter allen anderen europäischen Ländern, aber auch hinter den USA. Ich glaube, dass diese Konkurrenzfähigkeit eine Menge an Arbeitsplätzen sichert, aber sie sichert im Bereich der Exportindustrie und da sind es die großen Konzerne, die von dieser Strategie profitieren. Der Mittelstand geht leer aus, weil er eben an der Binnennachfrage, also am privaten Verbrauch und an den öffentlichen Ausgaben hängt. Auf die Frage „Verlagerung ins Ausland“ will ich nur einmal ein Zahlenbeispiel geben, um das etwas zu relativieren. Wir gehen davon aus, dass es ungefähr 70.000 bis 100.000 Arbeitsplätze gibt, die deutsche Unternehmen inzwischen in Polen geschaffen haben. Wenn

Dr. Axel Troost, 50, ist seit 1982 Geschäftsführer der bundesweiten „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ (Memorandumgruppe) und Geschäftsführer des Bremer Progress-Institut für Wirtschaftsforschung. Als Privatperson ist der Mitgründer und Vorstandsmitglied des Vereins „Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG)

ich mir aber ansehe, was wir für einen Exportüberschuss gegenüber Polen haben, dann entspricht das rund 200.000 Arbeitsplätzen bei uns.

Wir: Gibt es eine Alternative zu Arbeitszeitverlängerung und Billigjobs?

Axel Troost: Die Alternative muss einfach sein, wieder ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Binnenentwicklung und Export herzustellen. Es gibt eine Statistik des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die zeigt, dass kein anderes Land so stark den Binnenmarkt vernachlässigt wie die Bundesrepublik und das sind aber 75 % der Gesamtnachfrage. Und die Arbeitszeitverlängerungsdiskussion bzw. die Beschlüsse, die da gefasst sind, halte ich für ganz verheerend, weil da scheinbar in den einzelnen Unternehmen gesagt wird, „Arbeitszeitverlängerung, aber für Beschäftigungssicherung". Beschäftigungssicherung heißt aber nicht Arbeitsplatzsicherung. Wir sind schon konkurrenzfähig wie noch nie. Wie sollen denn Gewerkschafter in anderen europäischen Ländern mit ihren Unternehmen verhandeln und sagen: „Wir wollen höhere oder angemessene Löhne haben", wenn der Unternehmer sagt: „Die Bundesdeutschen sind doch schon so konkurrenzfähig und überrennen uns" und nun machen sie die Arbeitszeitverlängerung zum Nulltarif.

Wir: Ein anderer Aspekt: Mit welchen Maßnahmen lassen sich die Einnahmen von Staat, Ländern und Kommunen denn verbessern?

Axel Troost: Ich nenne mal besonders drei:

1. Mitglieder der Memorandum-Gruppe haben zusammen mit Attac und ver.di ein Konzept für eine solidarische Einfachsteuer vorgestellt. Würde man diesem Konzept folgen, wären Mehreinnahmen von 17 Milliarden Euro möglich.

2. Wir halten es dringend für erforderlich, die Vermögenssteuer wieder zu erheben. Die Vermögenssteuer ist nicht abgeschafft, sondern nur ausgesetzt worden. Dies würde bei einem Freibetrag von 500.000 Euro pro Familie mit zwei Kindern und mit einem Steuersatz von 1 % 14,5 Milliarden Euro pro Jahr an Mehreinnahmen bringen, Mehreinnahmen, die ausschließlich in die Länderhaushalte fließen. Gleiches gilt für die Erbschafts- und Schenkungssteuer.

3. Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität.

Wir haben als Memorandum-Gruppe seit vielen Jahren die Größenordnung von 50 Milliarden Euro angesetzt und viele hielten dies für unglaubwürdig. Ein Gutachten des Bundesrechnungshofes vom letzten Herbst zur Wirtschaftskriminalität im Bereich der Umsatzsteuer liegt vor. Da wird unter dem Stichwort „Steuerhinterziehung" die Summe von 86 Milliarden Euro pro Jahr genannt. Das ist nur die Spitze des Eisbergs. Weiter geht es in den Bundesländern. Sie sind für die Steuererhebung zuständig und werben inzwischen unter dem Motto „Unternehmen, kommt doch bitte zu uns, bei uns finden keine Steuerprüfungen mehr statt". Das kann nicht wahr sein. Herr Meyer-Vorfelder war ja mal Finanzminister in Baden-Württemberg und hat schon Ende der 80er Jahre gesagt: „Warum soll ich meine baden-württembergischen Unternehmen mit Steuerprüfungen quälen und die Mehreinnahmen fließen dann über den Länderfinanzausgleich nach Bremen." Eine solche Äußerung gab es schon damals, und sie wurde abgetan mit dem Satz: „Na ja, das ist so eine Entgleisung von Meyer-Vorfelder." Inzwischen ist das

gängige Praxis und insofern denke ich in diesem Punkt auch in Übereinstimmung mit Hans Eichel, dass im Prinzip die Steuerhoheit auf den Bund übergehen muss

Wir: Apropos Steuern: Attac fordert die Tobin-Steuer mit dem Ziel, auch Spekulationsgewinne besser versteuern zu können. Gibt es überhaupt die Möglichkeit, vagabundierendes Kapital zu besteuern?

Axel Troost: Bei der sogenannten ´Tobin-Steuer´ geht es um eine Devisentransaktionssteuer. Wenn ich also von der einen in die andere Währung gehe, muss ich einen minimalen Steuersatz bezahlen. Das ist der eine Punkt. Ein weiterer ist eine Bewegung, die Vereinheitlichung der Zinsbesteuerung vor allem in der Alt-EU hinzubekommen. Hier ist auch Hans Eichel sehr aktiv. Da gibt es entsprechende Beschlüsse, dass man Kontrollmitteilungen macht und dass die Länder, die das ablehnen – das sind insbesondere Liechtenstein und die Schweiz, - zumindest eine Abgeltungssteuer in der Höhe von 30% einführen Letztlich muss man aber immer sagen, das ist in unserem Konzept der solidarischen Einfachsteuer enthalten. So lange man am Bankgeheimnis festhält, so lange wird es nie eine einigermaßen sozial gerechte Besteuerung dieser Finanzvermögen geben. Ich finde auf der anderen Seite, dass gerade in Zeiten, wo alle Arbeitslosengeld II-Bezieher 16 Seiten Fragebögen ausfüllen müssen, können wir doch auch bei der Frage der Vermögenseinkommen und der Frage des Bankgeheimnisses Veränderungen verlangen.

Wir: Die etablierten Parteien und die Bundesregierung propagieren mehr Eigenvorsorge. Sind normale Rentenbeiträge keine Eigenvorsorge?

Axel Troost: Doch, natürlich sind sie Eigenvorsorge. Aber es geht weltweit dem Neoliberalismus darum, zu sagen, wir wollen im Prinzip stärker weg von der Umlagefinanzierung hin zur Kapitaldeckung, also zu Anlagen. Das ist natürlich ein sehr attraktives zusätzliches Geschäft für Versicherungen und Finanzunternehmen, die sicherlich auch auf die Bundesregierung entsprechenden Druck ausgeübt haben, dass eben so etwas wie Riester- oder Eichel-Rente eingeführt wird. Volkswirtschaftlich ist das Ganze aber eine Illusion, zu meinen, dadurch, dass man Geld anhäuft, könnte man auf Dauer sich den demographischen Problemen entziehen, weil man

am Schluss weder Geld noch Aktienfonds noch Häuser essen kann und man muss es dann wieder zu Geld machen.

Wir: Stimmt das Argument, dass die nachwachsenden Generationen die Renten der aus dem Arbeitsleben ausscheidenden Generation nicht mehr bezahlen können?

Axel Troost: Ja, das ist ja scheinbar das Argument derjenigen die sagen: „Wir müssen weg vom Umlageverfahren zum Kapitaldeckungs- oder Anlageverfahren, da wir später weniger Erwerbstätige haben werden, die das nicht mehr aufbringen können“. Wir werden natürlich auch weiterhin einen Anstieg der Arbeitsproduktivität haben und diese Arbeitsproduktivität, wenn man nur mal ganz konservativ von 1% pro Jahr rechnet, gibt es im Prinzip auch im Jahr 2030/2040 keinerlei Probleme, mit der dann beschäftigten Bevölkerung die Renten zu finanzieren.

Wir: Bedeuten diese Maßnahmen der Agenda 2010 unter Umständen einen Ausstieg aus dem Solidarprinzip?

Axel Troost: Ja, das wird bei der Steuerpolitik deutlich, weswegen wir gesagt haben, unsere Alternative nennen wir solidarische Einfachsteuer. Das wird aber in

vielen anderen Bereichen auch deutlich. Am krassesten ist, wenn man am 1.1.2005 gleichzeitig auf der einen Seite das Arbeitslosengeld II einführt und auf der anderen Seite den Spitzensteuersatz nochmals senkt, was eine ganz erhebliche Entlastung für Spitzenverdiener bedeutet. Dies ist keine soziale Ausgeglichenheit.

Wir: Führt diese Politik, die auch von der CDU getragen wird, zu einer Spaltung der Gesellschaft?

Axel Troost: Was im Moment läuft, stellt die parlamentarische Demokratie in Frage, weil eben große Teile der Bevölkerung sich fragen: „wer vertritt mich denn eigentlich noch bzw. wen kann ich denn überhaupt wählen?“ Da wird es auch für die Gewerkschaften schwierig, in solch einer Situation gegen die Politik der Regierung massiv zu mobilisieren. Ich bin fest der Überzeugung, dass es zum Beispiel die Einführung einer Riester-Rente nie gegeben hätte, wenn die SPD in der Opposition gewesen wäre.

Wir: Die SPD befindet sich zur Zeit in einem Abwärtstrend und wir haben die große Befürchtung, dass sie die Gewerkschaften mitzieht.

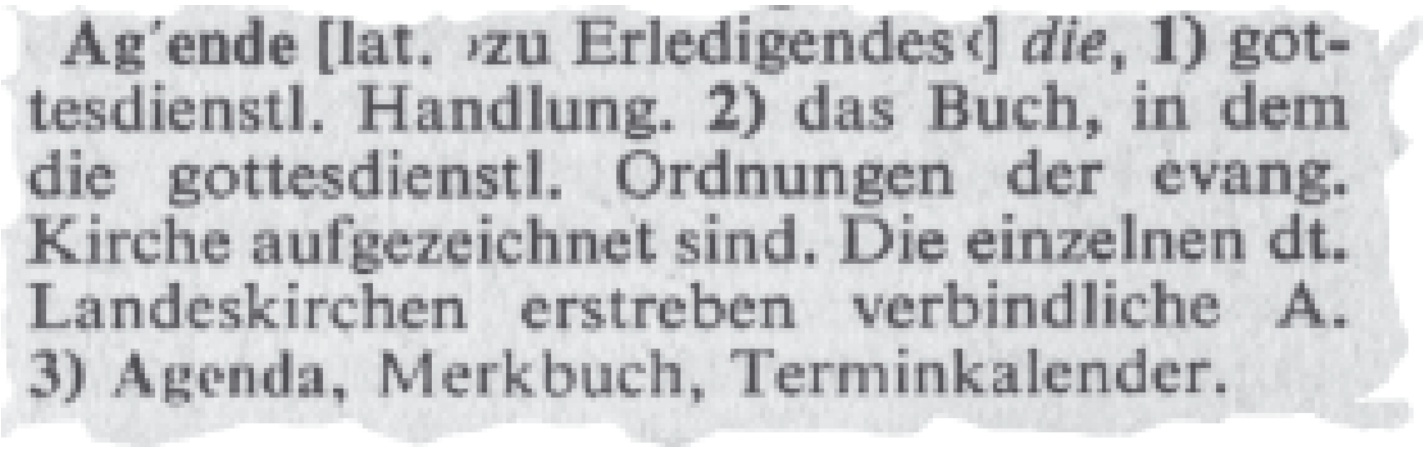
Axel Troost: Ja, die Gefahr ist sehr groß, weil für die Gewerkschaften natürlich die Glaubwürdigkeitsfrage steht und da nützt es nichts, dass man sagt: „wir verurteilen diese Politik“. Da muss man schon zeigen, wie man sich für die Politik und die eigenen Interessen stark macht.

Wir: Warum werden diese Argumente nicht deutlicher in Zeitungen und Fernsehen formuliert?

Axel Troost: In Deutschland besteht mehr als in fast allen anderen Ländern das Problem, dass wir in der Wirtschaftswissenschaft eine Einheitsmeinung haben, die den Neoliberalismus unterstützt und nur ganz wenig die Alternativen formuliert. Wenn man das auf die Zukunft gerichtet sieht, wird es noch viel schlimmer werden, weil viele Sachen, die wir noch vor 30 Jahren in der wirtschaftswissenschaftlichen Ausbildung gelernt haben, inzwischen gar nicht mehr gelehrt werden. Um noch einmal zurückzukommen auf die Frage „Soziale Gerechtigkeit“, da war früher in der Finanzpolitik und der Steuerpolitik das sogenannte Prinzip der „Leistungsfähigkeit“ klar. Das heißt, wer mehr verdient, soll auch relativ mehr zur Finanzierung des Staates beitragen. Inzwischen wird das in der Wirtschaftswissenschaft gar nicht mehr gelehrt und in jeder Neuauflage von wissenschaftlichen Lehrbüchern fehlt dies einfach. Das bedeutet, nächste Generationen werden das überhaupt nicht mehr mitkriegen, sondern kriegen schon in der Ausbildung beigebracht, „am besten Kopfsteuer, alle gleich, alle 25 % oder wie auch immer“ und das zeigt, wie sich das Zug und Zug verschiebt, auch in der Ausbildung von Journalisten, die dann eben das gleiche immer wieder nachbeten.

Wir danken Dir für das Gespräch.

Das Interview führten:
Hugo Köser, Inge Markovsky,
Christel Odewald,
Brigitte und Herman Wilkening



Ag´ende [lat. ›zu Erledigendes‹] *die*, 1) gottesdienstl. Handlung. 2) das Buch, in dem die gottesdienstl. Ordnungen der evang. Kirche aufgezeichnet sind. Die einzelnen dt. Landeskirchen erstreben verbindliche A. 3) Agenda, Merkbuch, Terminkalender.

aus dtv- Lexikon

Zum Lesen empfohlen!

Kürzlich fiel mir ein Buchtitel ins Auge: „Falschwörterbuch“ von Ivan Nagel.

Ich war sofort interessiert, weil ich mich schon lange drüber aufrege, wenn ich die irreführenden Begriffe in den Medien lese. Der frühere Adorno-Schüler und heute anerkannter Theatermann hat in seiner Studie vor allem die US-amerikanische Kriegsrhetorik der vergangenen beiden Jahre analysiert und dabei rückhaltlos die Verblendung von Bushs Irak-Politik aufs Korn genommen. Wörtlich: „Dem Teppichbombardement geht jedes Mal das Teppichbombardement des eigenen Volkes mit Lügen voraus. Es zerstört Beobachtungen, Urteil, Mitteilung in einem furchterregendem Maße.“ Ich frage mich, wie viel Desinformation verträgt eine Demokratie? An vielen anderen Beispielen zeigt Ivan Nagel, wie Falschwörter zu Falschbildern der Wirklichkeit führen und wie wir Falschwörter einfach zulassen ohne uns dagegen zu wehren. Wissenschaftler aus dem englischen Sprachraum haben dazu den Begriff ‚verbal warfare’ (frei übersetzt: semantische Kriegsführung oder Kriegsführung mit vergifteten Wörtern) eingeführt, so Ivan Nagel.

Ein Abschnitt befasst sich mit der Begriffsverwirrung durch die Falschwörter der sogenannten Sozialreform. Beispiel: Sozialreform wird gesagt, durchgeführt wird Sozialabbau. Oder: Differenzierung der Lohnstrukturen = erleichterte Kündigung plus untertarifliche Niedriglöhne. „Arm“ und Reich“ dürfen öffentlich nicht mehr gesprochen, nicht geschrieben werden. Der Ersatz-Terminus heißt „Besserverdienende“. „Schlechterverdienende“ gibt es nicht mehr. Armut soll nicht mehr wahrgenommen werden.

Neben Krieg und Frieden und Sozialreform werden weitere Themen, wie Pazifismus, Attentat und Euthanasie und Krieg in der Kunst, behandelt.

Hier kann ich nur wenige Beispiele anführen. Mich hat das Buch von Ivan Nagel sehr gefesselt. Es ist sehr verständlich geschrieben und zeigt auf, wie in der Geschichte und auch heute aktuell mit Falschwörtern Politik im Interesse der Herrschenden gemacht wird. Ich kann es nur jedem Interessierten wärmstens empfehlen. Es kostet nur € 7,50 (gut angelegt).

Hugo Köser

Ivan Nagel: „Das Falschwörterbuch“, Berliner Taschenbuch Verlag, 2004

Glosse

Schöne neue Welt

Die Welt des statistischen Durchschnittsdeutschen, zusammengesetzt aus allen Milliardären, Langzeitarbeitslosen, Rentnern und allen anderen:
Alle Erwerbstätigen hätten einen gut bezahlten Job mit 2900,- € Brutto, 30-Std.-Woche, 40 Tage Urlaub im Jahr.
Die Wohnungen sind, je nachdem wir allein, zu zweit, zu dritt oder zu viert leben, 40, 80, 120 oder 160 Quadratmeter groß und preiswert, denn sie gehören uns und sind schuldenfrei. Nur Strom, Heizung und die üblichen Nebenkosten sind zu zahlen.
Daneben hat jeder Erwachsene, einschließlich Rentner, noch ein produktiv angelegtes Vermögen von 76.000,- € mit einer monatlichen Rendite von 300,- €.
Mit einem monatlichem Netto von 1.800.- € für Singles und 3.600,- € für Paare lässt sich komfortabel leben.
Sie halten das für Spinnerei ?
Warum darf man denn nicht über Umverteilung nachdenken und sich ausmalen was wäre wenn?

Entnommen aus: Freitag-Debatte, Utopie konkret, *Autor: Hans Thie*

Naturschutz und Ehrenamt

Ein Thema für DGB-Senioren

Ende April/Anfang Mai 2003 trafen sich zwei Gruppen RentnerInnen aus Ost und West in der Bildungsstätte Bad Zwischenahn. Es war ein Treffen zum Erfahrungsaustausch zwischen den alten und neuen Bundesländern. Gemeinsam wurde über das Älterwerden und die unterschiedlichen Lebensbedingungen diskutiert. Auch der 1. Mai wurde gemeinsam begangen (wir berichteten in unserer 1. „Wir"-Ausgabe). Dabei wurde beschlossen, den Austausch fortzusetzen.

Nach über einem Jahr trafen wir unsere KollegInnen aus den neuen Bundesländern erneut, diesmal in Mecklenburg-Vorpommern, in Rerik an der Ostsee. Es war unser Gegenbesuch bei unseren OstkollegInnen. Weil viele von ihnen im Bereich Umwelt- und Naturschutz gearbeitet haben, wurde Rerik ausgewählt. In der Nähe von Rerik liegt die Halbinsel Wustrow. Auf dieser Halbinsel war zur Zeiten der DDR die Sowjetarmee stationiert. Heute steht ein großer Teil der Halbinsel unter Naturschutz. Sie ist einzigartig mit ihrer Fauna und Flora.

Rerik ist ein idealer Ort für Weiterbildung mit besten Bedingungen für ein Seminar. Unser Thema war Älterwerden in Deutschland. Es sollten vor allem die unterschiedlichen Erfahrungen des Arbeitslebens in Ost und West diskutiert werden.

Die meisten OstkollegInnen sind heute noch ehrenamtlich im Wasser- und Naturschutz tätig. Ihre Erfahrungen werden in den Betriebe, in denen sie früher gearbeitet haben, heute noch geschätzt. In ihren ehrenamtlichen Tätigkeiten finden die KollegInnen eine Erfüllung. Die KollegInnen aus dem Osten sind mit ihren Auskommen zufrieden. Da die Frauen im Osten in ihren Berufen überwiegend ganztagstätig waren, bekommen sie vielfach höhere Renten als im Westen.

Ist bei den SeniorInnen das zusammengewachsen, was zusammen gehört? Ist nach mehr als zehn Jahren der Vereinigung das „Ihr" und „Wir" überwunden? Wo liegen die Ursachen für unterschiedliche Bewertungen des Ist-Zustandes der Vereinigung? Welche Rolle spielen dabei die verschiedenen Gesellschaftssysteme? Diese Themen wurden ausführlich diskutiert.

Umwelt- und Küstenschutz wurden aus unterschiedlichen Blickwinkeln beleuchtet, hier der Bürger, der Feriengast – dort die Vermarktungen durch Baulöwen, die Geschäfte machen wollen.

Exkursionen und Gespräche mit den Bürgermeister von Rerik, dem Umweltminister von Mecklenburg-Vorpommern, Vertretern vom Bund für Umwelt- und Naturschutz in Deutschland – alle versuchten den Wissensdurst der Teilnehmer zu stillen und informierten sehr gut über Problemfälle und neue Verfahren beim Küstenschutz.

Unsere abendliche Gespräche berührten auch viele private Fragen, die oft gleich waren – ob West oder Ost. Es ging um Kindererziehung, Wohnen, Beruf und natürlich um das Älterwerden. Wir stellten fest, dass die direkten Gespräche von Mensch zu Mensch viel mehr bringen, als die Berichte in den Medien.

Inge Markowsky
Brigitte Wilkening
Gerd Bohling

„Medien mögens weiß“

Das Bild von MigrantInnen in deutschen Medien

In den deutschen Printmedien berichten in der Regel ‚Inländer über Ausländer’ und prägen das öffentliche Bild der hier lebenden MigrantInnen. Es wundert daher nicht, daß MigrantInnen besonders in den Medien häufig nur in Zusammenhang mit Kriminalitätsdelikten, dem aktuellen Religionsstreit, der Einwanderungsdebatte bzw. folkloristischen und kulinarischen Attraktionen, Erwähnung finden.

Ausgehend von dieser Tatsache haben wir uns in diesem Seminar mit den unterschiedlichen Medienerfahrungen von MigrantInnen in, Ost und West’ auseinander gesetzt. Besonders wichtig war uns der Vergleich der selbsthergestellten Seniorenzeitungen und die Diskussion, welches Bild von MigrantInnen wir in unseren eigenen Publikationen vermitteln.

Das Untersuchungsergebnis der Seniorenzeitungen „Danach“ aus Sachsen-Anhalt und unserer eigenen Zeitung „Wir“ fiel positiv aus. Dies hatten wir selbstkritisch nicht unbedingt erwartet. Aber allein durch die Tatsache, dass in allen Redaktionen MigrantInnen mitwirken, bleibt so mancher falscher Zungenschlag bzw. eine einseitige Berichterstattung von vornherein ausgeschlossen. „Multikulti“ hat eben doch sein Gutes.

Manfred Weule

Bremer KollegInnen in der Redaktion der SeniorInnen -Zeitung „Danach“ in Merseburg

Ein, Ost und West- Seminar’ in der Akademie Sonneck (Sachsen-Anhalt)

Wir in London

Das Europäische Sozialforum ist ein offener Raum, um zusammen zu kommen und zu diskutieren, wie wir eine Opposition zu Militarisierung, Sozialabbau-Demokratieabbau, Ausgrenzung und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen und eine andere Welt schaffen können. Das letzte Europäische Sozialforum fand 14. - 17. Oktober 2004 in London statt. Es kamen zehntausende Menschen zusammen.

Aus der Begrüßung der Gastgeber des Forums

Willkommen beim Europäische Sozialforum 2004 in London!

Dieses ist das dritte ESF und wir sind sehr glücklich, dass die britische Bewegung euch aus allen Teilen Europas und der Welt in London begrüßen kann.

Großbritannien ist ein Pionier des Neo-Liberalismus innerhalb Europas gewesen und teilweise aus diesem Grund hat das Projekt der britischen ESF-Gastgeberrolle große Unterstützung aus allen Sozialbewegungen und Gemeinschaften gewonnen. Das ESF wird dementsprechend die ganze Vielfältigkeit von London, Großbritannien, Europa und von der ganzen Welt reflektieren.

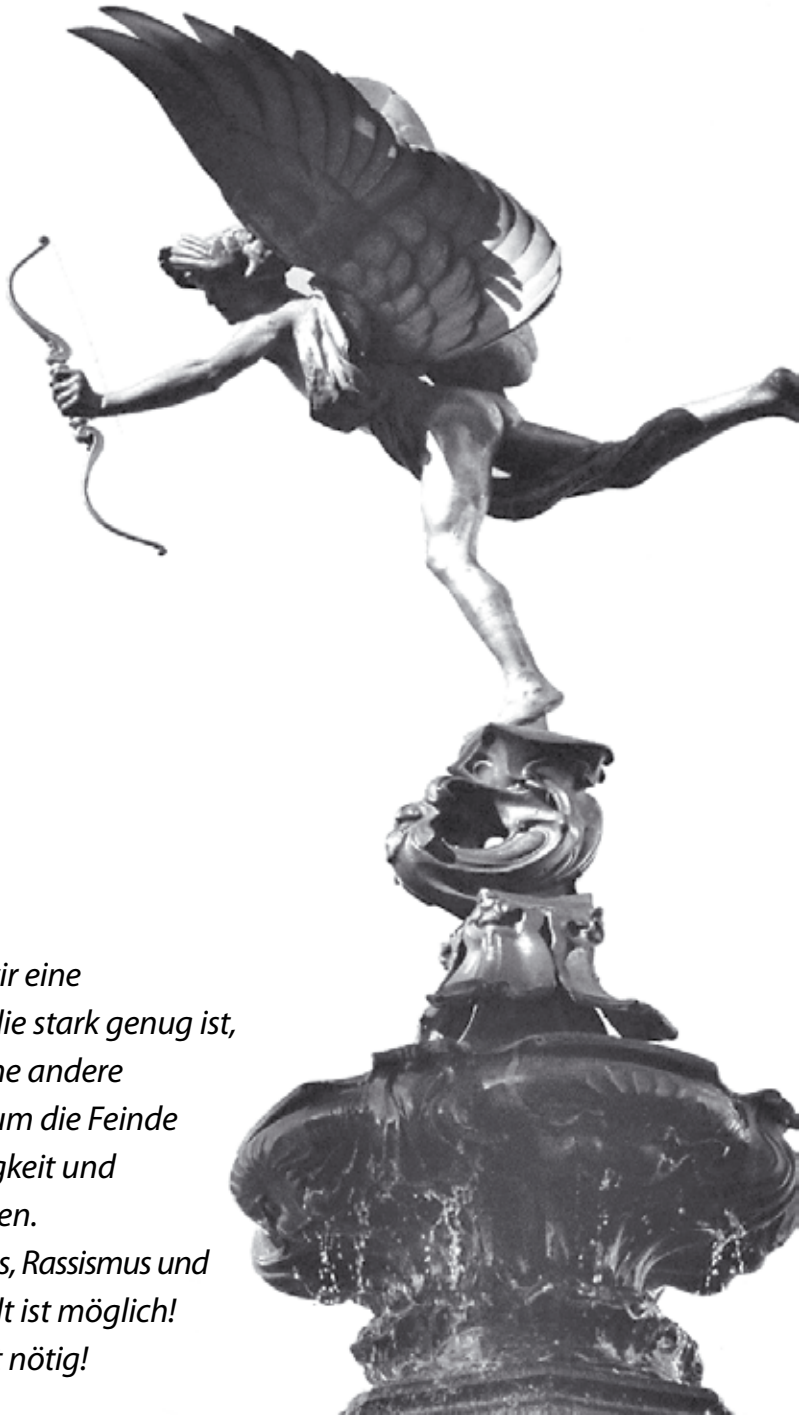
Seitdem wir das letzte Mal in Paris zusammengekommen sind, ist die Welt noch unsicherer geworden. Der andauernde Konflikt und die Besetzung im Irak, die Verlängerung der Mauer in Palästina und die Gefahr von weiteren ungerechten Präventionskriegen zeigen auf, wie instabil die Welt geworden ist.

Viele Schmerzen der Welt, wie der Hunger und die Krankheiten, sind tief im Neoliberalismus verwurzelt. Unser Projekt des Aufbauens von Sozialforen als Alternative zum Neo-Liberalismus ist eine bedeutende Entwicklung zum Vereinigen und Organisieren aller derjenigen, die dem Schaffen einer gerechten und friedlichen Welt verpflichtet sind. Dennoch, obwohl unsere Bewegung stärker wird, ist der Kampf gegen globales Unrecht noch lange nicht gewonnen.

Die Erschaffung einer Welt, die auf Sozialgerechtigkeit und Demokratie gegründet

ver.di KollegInnen aus Bremen waren dabei!

ist, bleibt das Ziel von all denen, die mit dem ESF verbunden sind. Wir wollen kein Europa das öffentliche Dienste privatisiert, Rentenansprüche wegnimmt, Rassismus akzeptiert, Asylbewerber und Flüchtlinge ausschießt, den globalen Süden plündert, die Natur zerstört, und sich dem neo-kolonialistischen Projekt der Vereinigten Staaten anschließt. Deshalb wird die Diskussion darüber, wie wir unserer Verantwortlichkeit zum Schaffen eines anderen Europas innerhalb einer anderen Welt gerecht werden, im Zentrum ESF stehen.
Das diesjährige Europäische Sozialforum wird sich mit sechs Themen auseinandersetzen:
• Krieg und Frieden,
• Demokratie und Grundrechte,
• Sozialgerechtigkeit und Solidarität: gegen Privatisierung (Deregulierung), für Arbeiter- und Frauenrechte,
• Globalisierung der Firmen und globale Gerechtigkeit,
• gegen Rassismus, Diskriminierung und Rechtsradikalismus: für Gleichheit und Verschiedenartigkeit,
• Klimakrise, gegen Neo-Liberalismus und für eine nachhaltige Gesellschaft. (...)

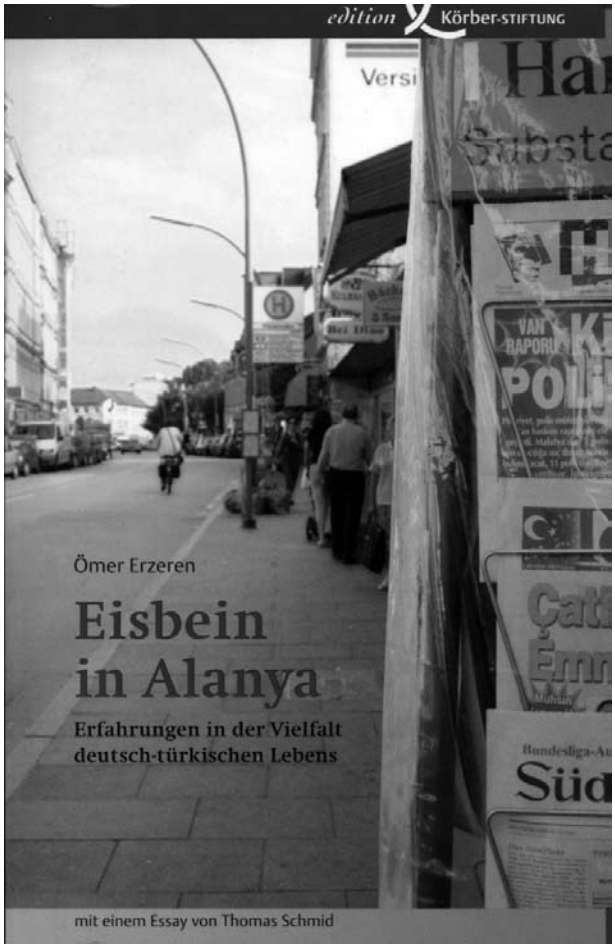


Das Motto

Zusammen können wir eine Bewegung schaffen, die stark genug ist, um zu zeigen, dass eine andere Welt möglich ist und um die Feinde von Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie zu besiegen.
Nein zu Neoliberalismus, Rassismus und Krieg: Eine andere Welt ist möglich!
Ein anderes Europa ist nötig!

Eisbein in Alanya

Ömer Erzerens Buch handelt von den Menschen in Deutschland und in der Türkei, die anders sind als die große Mehrheit und zunächst durch ihr „Anderssein“ auffallen. Es geht um Einwanderer in Deutschland und Deutsche in der Türkei, aber auch um Menschen, die keinen Migrationshintergrund haben. Dem Autor Erzeren geht es nicht um einen Ländervergleich, wie diese Menschen in Deutschland und in der Türkei behandelt werden, sondern um die „kollektive Identität, die den Menschen übergestülpt wird: Du bist dick, deshalb bist du hässlich oder du bist behindert und deshalb bist du ein Opfer,“ sagt der Autor.



Eisbein in Alanya – Erfahrungen in der Vielfalt deutsch-türkischen Lebens. Autor: Ömer Erzeren, Edition Körber-Stiftung, 229 Seiten, 14 Euro

Ömer Erzeren war 13 Jahre Türkei-Korrespondent der „tageszeitung“ und „Züricher Wochenzeitung.“ Er ist Kenner beider Kulturen.

Im ersten Teil des Buches „fremd sein“ erzählt Erzeren von den deutschen Migranten in Alanya. In den letzten Jahren ziehen immer mehr Deutsche - meistens Rentner - in die Türkei. So entstand zum Beispiel in Alanya eine deutsche Kolonie mit deutschen Läden, deutschen Kneipen und mit deutschen Restaurants, die sogar Eisbein auf ihrer Speisekarte haben. Daher auch der Name des Buches.

Danach kommen in Erzerens Buch 17 Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts und Herkunft zu Wort und erzählen in Ich-Form ihre Geschichte.

Einer der Protagonisten im Buch ist die 19-jährige Samira. Sie wurde als Tochter einer deutschen Mutter und eines syrischen Vaters in Wolfsburg geboren - eine aufgeschlossene intelligente junge Frau. In der Oberstufe entschied sie sich ein Kopftuch zu tragen – ohne Einfluss der Eltern, aus Überzeugung, sagt sie. Die Probleme fingen gleich an. Bei einer Klassenfahrt weigerte sich eine Schülerin, mit ihr im selben Bus zu fahren, weil sie Kopftuch trug. Ihr wurde mal zugerufen „Geh ins Türkenland.“ Samira hat weder mit religiösen Fundamentalisten etwas am Hut, noch möchte sie anderswo als in Deutschland leben. Für Ömer Erzeren ist das ein typisches Beispiel für die Stigmatisierung einer Gruppe von Menschen durch die Mehrheit.

Erzeren gelingt die Wiedergabe der Gedankengänge der Menschen in ihren eigenen Worten. Er bricht mit Stereotypen, wenn er zum Beispiel eine Person bestimmter Herkunft vorstellt. Als Kurden lässt er den 27-jährigen Künstler Abdullah sprechen und nicht einen Guerilla-Kämpfer oder einen Schaafshirten.

Abdullah ist in dem kurdischen Diyarbak›r geboren und aufgewachsen. Seine Kindheit und Jugend war sehr schwer, nicht zuletzt wegen seiner Homosexualität. Gegen alle Widerstände und Hindernisse schloss er in Istanbul das Konservatorium ab. Jetzt ist er ein erfolgreicher Theaterregisseur.

Anderssein kann als Gefahr, aber auch als Chance wahrgenommen werden. Der 42-jährige Selim nimmt sein Anderssein als eine Chance wahr. Nach einer Diät wiegt der Geschäftsführer eines Cafés in dem Istanbuler Vorort Yeflilköy nur noch 170 Kilo. Und Selim ist nicht nur extrem dick, er gehört auch zu der christlich assyrischen Minderheit in der Türkei an. Das alles ist kein Problem für ihn. Er lebt als Christ in seinem Viertel unter Muslimen. Er hat seine Freunde und ein hervorragendes Verhältnis zu seinen Nachbarn. Zu Ostern bringt er seinen Freunden Ostereier und Ostergebäck ins Lokal. Selim steckt sich Ziele und verfolgt sie. Jetzt will er bis Ende 2005 auf 120 Kilo abspecken und dann heiraten. Für Ömer Erzeren ist Selim ein Menschenfreund, der glücklich in seinem Stadtteil lebt und voll in die sozialen Strukturen integriert ist.

Orhan Çalışır

Lernen hat kein Alter

Ausgewählte Bildungsangebote für ältere ArbeitnehmerInnen

Wir sind noch nicht fertig – Leben nach dem Ende der Erwerbsarbeit
Ein Seminar für ältere ArbeitnehmerInnen

„Wenn ich erst in Rente bin, dann ...". Noch in der Firma geht vielen älteren ArbeitnehmerInnen dieser Satz locker über die Lippen. Schwierig wird es erst dann, wenn es tatsächlich so weit ist. Da wird man zu Hause plötzlich zum Störfaktor, vermisst plötzlich die Kollegen, oder leidet unter dem Gefühl, keine richtige Aufgabe mehr zu haben.

‚In Rente sein' kann heute aber auch ein Lebensabschnitt mit eigenen Qualitäten und neuen Herausforderungen sein. Welche neuen Möglichkeiten das Leben nach der Arbeit bietet und welchen persönlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen Mann und Frau sich noch stellen kann, wird in diesem Seminar auf kreative Art und Weise thematisiert.

04.04. – 08.04.05 Bad Bederkesa
12.09. – 16.09.05 Bad Bederkesa

Gesundheit! Für alle? – Zur aktuellen Gesundheitspolitik und ihren Folgen

Die Kostenexplosion im Gesundheitswesen wird seit Jahren diskutiert, die Folgen sind für alle spürbar: Neben Einschränkungen bei ‚notwendigen Behandlungen' in der ‚Grundversorgung' gibt es deutlich weniger ohne ‚Zuzahlung'. Behinderungen und Alter gelten als wirtschaftliche Belastungen der Krankenkassen. Gleichzeitig kursieren Heilsversprechungen von Milliarden teuren bio-medizinische Verfahren, die die Lebenserwartungen und Gesundheit der Menschen durch humangenetische Manipulationen steigern sollen. Welchen Weg geht unser Gesundheitswesen?

14.02. – 18.02.05 Bad Zwischenahn

Mythos Weimar – Deutsche Geschichte in der Provinz zwischen Kultur und Barbarei

Weimar: Der wahrscheinlich symbolträchtigste Ort in der deutschen Geschichte ist auch die kulturträchtigste Provinz Deutschlands. Hier wird auf kleinstem Raum europäische Kulturgeschichte greifbar, die mit Namen Bach, Goethe, Schiller, Liszt und anderen verbunden ist. Aber auch die Moderne mit dem Architekten van der Velde und das Bauhaus folgte dem mythenbeladebenen Ruf des Ortes. Weimar: Das ist auch der Ort, an dem politische Geschichte mit der Weimarer Verfassung geschrieben wurde und deren Ende mit der nationalsozialistischen Barbarei begann. Buchenwald am Rande der Stadt zeigt unwiderruflich die Kehrseite des Ortes.

Zwei Seiten deutscher Geschichte, deren Zeugnisse auf engsten Raum sichtbar werden. Ein idealer Ort sich kritisch mit der deutschen Geschichte und der aktuellen politischen Entwicklung am Ausgang des ‚Kalten Krieges' auseinander zu setzen.

Der Teilnahmebeitrag beträgt 345,- €. Darin enthalten sind An- und Abreise, Unterkunft mit Halbpension in Doppelzimmern (Einzelzimmerzuschlag auf Anfrage) sowie alle programmnotwendigen Kosten.

18.09. – 23.09.05 Weimar

Wähler und Gewählte – Zur Wirklichkeit demokratischer Systeme

In einer Demokratie so heißt es, geht alle Staatsgewalt vom Volke aus". Die Regierung würde somit den Willen der Mehrheit ausdrücken. Zugleich kontrolliere das Parlaments die Regierung im Auftrag des Volkes. Doch als Wähler machen wir immer wieder die Erfahrung, dass sich die Wirklichkeit weit von diesem Modell entfernt hat. Ganz andere wirtschaftliche soziale und kulturelle Ziele werden von den Gewählten angestrebt und durchgesetzt als die, für die sie gewählt wurden. Ein Unbehagen entsteht. Wie kann eine solche Verkehrung der Staatsgewalt (des Volkswillens) funktionieren? Welche Rolle spielen Parteien, Politiker und Medien dabei? Gibt es Alternativen zur gegenwärtigen demokratischen Praxis?

05.12. – 09.12.05 Wremen

Fortsetzung nächste Seite

MoQua
motivieren und qualifizieren Ältere ArbeitnehmerInnen für bürgerschaftliches Engagement

Was ist Moqua?

Moqua ist die Abkürzung für ein bundesweites Motivations- und Qualifizierungsprojekt von älteren ArbeitnehmerInnen für das gewerkschaftsnahe bürgerschaftliche Engagement. Das Bildungsprojekt wird in Kooperation mit dem Bundesarbeitskreis Arbeit und Leben durchgeführt. Es wird gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

An wen wendet sich Moqua?

Moqua wendet sich an ältere ArbeitnehmerInnen, SeniorInnen, MigrantInnen und Interessierte die Lust haben, sich auch am Ende des Berufslebens gewerkschaftsnah politisch und kulturell zu engagieren.

Was bietet Moqua?

Die Chance, gemeinsam mit anderen den eigenen Erfahrungs– und Wissensschatz für das bürgerschaftliches Engagement zu verwenden und fortzuentwickeln.

Unterstützung und Orientierung beim Entdecken neuer Tätigkeitsfelder für das bürgerschaftliche Engagement.

Offene Fortbildungsangebote im Bereich Gesellschaftspolitik, z.B. Altern und sozialer Wandel, wie auch in dem Bereich Kommunikation und kreative Öffentlichkeitsarbeit.

Besondere Unterstützung von Frauen in der ehrenamtlichen Tätigkeit im Bereich der Selbstverwaltungsorgane.

Moqua fördert den Erfahrungsaustausch und die Vernetzung zwischen und von bürgerschaftlich engagierten Deutschen und MigrantInnen in Bremen.

Weitere Informationen:
Arbeit und Leben Bremen
Manfred Weule

Tel.: 0421 960 89 14
m.weule@aulbremen.de

Termine

Regelmäßige Treffen

Bremen:
IGM-Seniorenarbeitskreis
Jeden ersten Mittwoch im Monat
09.30 Uhr,
DGB–Haus
Bahnhofsplatz 22 –28

Bremen-Nord
Seniorenarbeitskreis,
Haus der Arbeiterkammer,
Jeden zweiten Mittwoch
im Monat um 10 Uhr
Lindenstr. 12,
28755 Bremen-Aumund

Bremen:
ver.di Gruppentreffen
der Senioren (alle Fachbereiche),
Jeden zweiten Donnerstag
im Monat / 14.00 Uhr,
DGB–Haus
Bahnhofsplatz 22 –28

Bremen:
GEW-SeniorInnen
Dienstag, 15. Februar 2005
10.00 Uhr
GEW-Geschäftsstelle,
28195 Bremen

Bremerhaven:
Treffen des ver.di- Ortsvereins
(alle Fachbereiche),
jeden dritten Mittwoch
im Monat / 10.00 Uhr
Kultursaal
der Arbeitnehmerkammer,
Friedrich-Ebert-Str. 3

Impressum:

Dies ist die zweite Ausgabe unserer Zeitung „Wir". Die Zeitung ist entstanden in einem Bildungsprojekt mit DGB-Senioren in Zusammenarbeit mit Arbeit und Leben Bremen. Das Projekt wird gefördert im Rahmen der Schwerpunktförderung § 6.2 / WBG des Senators für Bildung und Wissenschaft. Über weitere Mitarbeiter/Mitmacher würden wir uns freuen. Auch Kritik und Anregungen sind uns willkommen.

Herausgeber und Kontakt:
Arbeitskreis der
DGB-SeniorInnen Bremens
c/o Gerd Bohling, Dieter Tarnowsky
DGB Gewerkschaftshaus
Bahnhofsplatz 22-28
28195 Bremen

Redaktionsmitglieder:
Gerd Bohling, IGM
Detlef Dahlke, IGM
Ursula Figge, IGM
Hugo Köser, IGM
Inge Markowsky, ver.di
Christel Odewald, ver.di
Edmund Petschulis, IGM
Brigitte Wilkening, ver.di
Herman Wilkening, IGM

V.i.S.d.P.
Inge Markowsky

Redaktion:
c/o Bildungsvereinigung
Arbeit und Leben /
Manfred Weule,
Tel.: 0421 – 960 89 14
e-mail: m.weule@aulbremen.de